

08.11.2024

## **Volksantrag als Stopp-Signal für die grün-schwarze Landesregierung: Finger weg von der Realschule!**

Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) steht fest an der Seite der Realschullehrkräfte in Baden-Württemberg und unterstützt den Volksantrag gegen die geplante Schulreform der Landesregierung uneingeschränkt. „Wir werden es nicht akzeptieren, dass die erfolgreiche Schulart Realschule durch eine Reform von oben herab abgewertet und in ein zweigliedriges Schulsystem gezwungen wird,“ so der VDR-Bundesvorsitzende Ralf Neugschwender.

Die Pläne der grün-schwarzen Landesregierung, Gemeinschaftsschulen und Verbundschulen weiter zu stärken, ohne dabei eine verbindliche Grundschulempfehlung auch für die Realschule einzuführen, drohen diese bewährte Schulform systematisch zu schwächen. „Analog zum Gymnasium muss auch für die Realschulen eine verbindliche Grundschulempfehlung kommen – nur so kann die Eigenständigkeit der Realschule erhalten bleiben,“ fordert Neugschwender.

Mit dem Volksantrag haben die Bürgerinnen und Bürger nun die Chance, der Landesregierung ein klares Stopp-Signal zu senden und die Degradierung der Realschule zu verhindern. Die Realschule ist seit Jahrzehnten eine anerkannte und geschätzte Schulform mit enger Bindung zur regionalen Wirtschaft. „Ein differenziertes Schulsystem bietet die besten Möglichkeiten, um Schülerinnen und Schüler individuell zu fördern und sie optimal auf Gesellschaft und Beruf vorzubereiten,“ betont Neugschwender.

Die geplante Reform gefährdet jedoch die Qualität der Abschlüsse und schwächt langfristig den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg. „Eine Schulart, die in Handwerk, Industrie und Verwaltung so hoch angesehen ist, darf nicht durch eine verfehlte Bildungspolitik abgewertet werden,“ so der VDR abschließend.

Kontakt: Ralf Neugschwender, Bundesvorsitzender: 0176 31542332

*Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) – Verband der Lehrer und Lehrerinnen an Schulen im Sekundarbereich – ist der Dachverband der Lehrerverbände des Realschulwesens und verwandter Schulformen in den Bundesländern. Er setzt sich für die Förderung und Weiterentwicklung eines vielfältig organisierten Schulwesens in der Sekundarstufe I ein und widmet vor allem der bildungspolitischen Mitte, also den Mittleren Bildungsgängen und Perspektiven sowohl für den beruflichen Einstieg wie auch für studienorientierte Bildungsabschlüsse seine besondere Aufmerksamkeit.*

